

Beschluss über den Leitantrag

Betr.: **Rationale Energiepolitik für Niedersachsen – Für eine effiziente
Energieversorgung: sicher, preisgünstig und umweltverträglich**

1 Der Landesparteitag hat beschlossen:
2

3 **Rationale Energiepolitik für Niedersachsen – Für eine effiziente**
4 **Energieversorgung: sicher, preisgünstig und umweltverträglich**
5

6 **1. Ziele einer zukunftsfähigen Energiepolitik**

7 Auch im 21. Jahrhundert wird die Energieversorgung Deutschlands drei zentralen Anforderungen gerecht
8 werden müssen: Sie muss die Versorgungssicherheit gewährleisten, Energie muss zu wettbewerbsfähigen
9 Preisen verfügbar und die Versorgung gleichzeitig umweltverträglich und sicher organisiert sein.

10 Die verlässliche Versorgung mit Energie wird heutzutage in Deutschland als Selbstverständlichkeit
11 empfunden. Industrie, Mittelstand und private Haushalte müssen sich aber auch in Zukunft darauf
12 verlassen können, dass in wind- und sonnenarmen Zeiten die Versorgung mit Energie zu jeder Tages- und
13 Nachtzeit sichergestellt ist. Die Versorgungssicherheit ist allerdings für das Industrieland Deutschland von
14 entscheidender Bedeutung.

15 Die Preisgünstigkeit von Energie ist insbesondere für Unternehmen energieintensiver Branchen ein
16 relevanter Standortfaktor. Günstige Energie sichert und schafft neue Arbeitsplätze in Deutschland.
17 Gleichzeitig wird die Bezahlbarkeit von Energie auch für private Haushalte immer mehr zu einer sozialen
18 Frage. Insbesondere für Erwerbstätige mit niedrigem Einkommen, Rentner und Studenten kann eine
19 warme Wohnung schnell zu einem Luxusgut werden, wenn Energie nicht zu erschwinglichen Preisen für
20 alle Haushalte verfügbar ist.

21 Die Energieversorgung Deutschlands muss umweltverträglich organisiert sein. Seit Jahren gehört
22 Deutschland zu den führenden Nationen im Bereich innovativer Umwelttechnologie. Niedersachsen ist
23 dasjenige Bundesland mit dem größten Anteil erneuerbarer Energien an der eigenen Energieversorgung.
24 Mehr als ein Fünftel der bundesweit erzeugten Energie stammt aus Niedersachsen. Diese beeindruckende
25 Bilanz wollen wir in der Zukunft weiter ausbauen.

26 Um auch in Zukunft den Erfordernissen einer gleichzeitig verlässlichen, preisgünstigen und
27 umweltverträglichen Energieversorgung gerecht werden zu können, setzt die FDP in Niedersachsen auf
28 einen Mix aus verschiedenen Energieträgern, der sich nicht an gesellschaftlichen Strömungen und
29 Modeerscheinungen orientiert, sondern langfristig und rational die Vorteile und Nachteile der zur Verfügung
30 stehenden Energieträger abwägt, um die oben genannten drei zentralen Anforderungen zu erfüllen. Die
31 Grundsätze der Transparenz sind nach dem Verständnis der FDP in allen Bereichen der Energiepolitik
32 selbstverständlich.
33

34 **2. Globale und europäische Rahmenbedingungen der Energiepolitik**

35 Als Ergebnis von Globalisierung und Welthandel verzeichnen ehemalige „Schwellenländer“ wie Indien oder
36 China einen in ihrer Geschichte beispiellosen industriellen Aufstieg. Entsprechend ist der Energiebedarf
37 solcher Länder in den vergangenen Jahrzehnten gestiegen. Diese Entwicklung besitzt unmittelbare
38 Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit, Preisstabilität und Umweltverträglichkeit unserer eigenen
39 Energieversorgung. Weil sich die weltweite Nachfrage nach Energie in den vergangenen Jahrzehnten
40 immens gesteigert hat, sind die Rohstoffpreise in den vergangenen Jahren ebenfalls deutlich gestiegen.
41 Mit der Unterzeichnung des Kyoto-Protokolls hat sich die Europäische Union zu einer achtprozentigen
42 Reduktion ihrer CO₂-Emissionen verpflichtet. Mit dem Emissionshandelsystem wurde in 2005 ein
43 marktwirtschaftliches Instrument eingeführt, das zur Begrenzung von Emissionen großer
44 Treibhausgasemittenten in Europa beiträgt. Im Vergleich zum Referenzjahr 1990 sollen die
45 Treibhausgasemissionen innerhalb der Europäischen Union bis zum Jahr 2020 um 20 Prozent gesenkt
46 werden.

47 Die systematische Reduzierung von CO₂-Emissionen verursacht für eine Industrienation wie Deutschland
48 kaum zu beziffernde volkswirtschaftliche Kosten. Sie bedeutet gleichzeitig einmalige Herausforderungen an
49 die Energieerzeugung und -verteilung, aber auch an die Zukunft unserer Mobilität, die Gestaltung unserer
50 Gebäude und beeinflusst eine Vielzahl zusätzlicher gesellschaftlicher Bereiche.

51 Wir wissen heute nicht sicher, in welchem Maße sich der Klimawandel in Zukunft entwickeln wird und die
52 derzeit von der Politik ergriffenen Maßnahmen erfolgreich sein werden. Die herrschende Meinung geht
53 davon aus, dass der Klimawandel maßgeblich durch den Menschen verursacht wird. Die niedersächsische
54 FDP nimmt zur Kenntnis, dass internationale Wissenschaftler Zweifel an dieser These hegen. Um für den
55 Umbau unserer Energieversorgung eine größtmögliche öffentliche Akzeptanz zu erreichen, muss der
56 Zusammenhang zwischen CO₂-Emissionen und anderen Treibhausgasen und dem Klimawandel weiter
57 intensiv erforscht werden. Anderenfalls wird der Umbau weder ökologisch noch ökonomisch begründbar
58 und damit auch nicht effizient erfolgen können.
59

60 Des Weiteren muss auch der Ausbau und Transport der erneuerbaren Energien international forciert
61 werden. Hier ist deutlich mehr Kooperation nötig, um die bestmögliche Nutzung regionaler Potentiale im
62 Hinblick auf einzelne Energieträger (z.B. Wasserkraft in Skandinavien, Solarenergie in Nordafrika oder
63 Windenergie durch Offshore-Windparks in der Nordsee) zu erreichen.

64 65 **3. Intelligente Lösungen für eine sichere, preisgünstige und umweltverträgliche Energieversorgung** 66 **für Niedersachsen**

67 Niedersachsen ist in Deutschland dasjenige Bundesland, das rechnerisch schon jetzt den größten Anteil
68 seines eigenen Energieverbrauchs durch selbst erzeugte erneuerbare Energien deckt. Die
69 niedersächsische FDP erwartet von Windkraftanlagen auf See für die kommenden Jahre ein großes
70 Wachstumspotential – insbesondere auch deswegen, weil für diesen Energieträger die Akzeptanz in der
71 Bevölkerung deutlich größer ist als für Photovoltaik, Biogas oder zusätzliche Standorte für die
72 Windenergieerzeugung an Land. Die Chancen, die sich für Niedersachsen als Küstenland in diesem
73 Bereich ergeben, müssen auch in Zukunft vermehrt genutzt werden.
74 Mit der Integration einer zunehmenden Zahl dezentraler Stromerzeugungsanlagen wie auch der großen
75 Windparks auf See und an Land mit ihren teilweise fluktuierenden Einspeisungen in die Verteilungs- bzw.
76 Übertragungsnetze werden die Stromnetze vor veränderte und neue Herausforderungen gestellt. Weiterer
77 Treiber für einen Ausbau der Strom- aber auch Gastransportnetze ist die fortschreitende europäische
78 Integration der Energiemärkte mit zunehmenden Strom- und Gashandelsvolumina. Wer sich für die
79 Versorgung unserer Industrie und der Menschen in unserem Land mit erneuerbaren Energien einsetzt,
80 muss auch die Frage beantworten, wie der Transport dieses Stroms erfolgen soll. Der Transport der in
81 Niedersachsen erzeugten Energie nach West- und Süddeutschland erfordert sowohl die Schaffung
82 entsprechend dimensionierter Netzanschlüsse als auch einen umfassenden Ausbau der
83 Übertragungsnetze. Die niedersächsische FDP betrachtet neben dem Ausbau der Übertragungsnetze die
84 Erforschung von Technologien zur Speicherung von Energie, die Förderung lokaler intelligenter Transport-
85 und Verteilnetze sowie den Ausbau von Smart Grids als zentrale Herausforderungen der Energiepolitik
86 während der kommenden Jahre.

87 Vor dem Hintergrund steigender Energiekosten muss insbesondere auch die Energieeffizienz verbessert
88 werden. Dies gilt gleichermaßen für die energetische Gebäudesanierung im betrieblichen, privaten und
89 öffentlichen Bereich. Die niedersächsische FDP setzt bei der energetischen Gebäudesanierung allerdings
90 auch in Zukunft auf ein Anreizsystem und auf Freiwilligkeit der Eigentümer anstatt auf die „zwangsweise“
91 Anordnung von Maßnahmen zur Gebäudedämmung.

92 93 **3.1. Energiemix in Niedersachsen**

94 Auch auf Landesebene gilt es, die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass die Energieversorgung auch
95 künftig zuverlässig, wirtschaftlich und umweltverträglich sichergestellt ist. Mit hochqualifizierten, innovativen
96 Unternehmen und einer diversifizierten, vernetzten Forschungslandschaft im Energiesektor ist
97 Niedersachsen hervorragend aufgestellt, um den notwendigen Umbau der Energieversorgungsstrukturen
98 über die Landesgrenzen hinaus voranzutreiben. Diese Spitzenposition will die FDP Niedersachsen
99 ausbauen.

100
101 Die niedersächsischen Regierungsparteien haben sich im Koalitionsvertrag von 2008 das Ziel gesetzt, bis
102 2020 25 Prozent des Endenergieverbrauchs des Landes aus erneuerbaren Energien zu decken. Im
103 Bereich der Stromerzeugung ist Niedersachsen schon heute sehr weit fortgeschritten. Mit dem in
104 Niedersachsen regenerativ erzeugten Strom lassen sich bereits über 32 Prozent des niedersächsischen
105 Stromverbrauchs abdecken.

106
107 Bei allen Bemühungen, die erneuerbaren Energien auszubauen und das Klima zu schützen muss nach
108 Ansicht der FDP Niedersachsen allerdings gewährleistet bleiben, dass Niedersachsen insbesondere für die
109 energieintensive Industrie ein attraktiver Wirtschaftsstandort bleibt.

110
111 Die im Energiekonzept der Bundesregierung dargelegte Umgestaltung der Energieversorgungsstruktur
112 Deutschlands, insbesondere der Ausbau der regenerativen Energieerzeugung und die Dezentralisierung
113 der Stromerzeugung, werden gravierende Auswirkungen auf Niedersachsen haben.

114
115 So bieten der beabsichtigte Ausbau der Windleistung auf See bis 2030 auf 25 GW, dem eine zentrale Rolle
116 bei dem Umbau der Energieerzeugung in Deutschland zukommt, und die damit verbundenen Investitionen
117 von insgesamt 75 Mrd. Euro vor allem für niedersächsische Unternehmen und die Küstenregion gewaltige
118 Chancen, die es zu nutzen gilt. Andererseits führt der massive Ausbau der erneuerbaren Energien
119 insbesondere in der Deutschen Bucht dazu, dass die Übertragungsnetze ebenfalls massiv ausgebaut
120 werden müssen, um den Strom zu den Verbrauchsschwerpunkten im Süden und Westen Deutschlands zu
121 transportieren. Hiervon ist Niedersachsen in besonderem Maße betroffen.

122
123 Auch bei der Nutzung der Bioenergie ist Niedersachsen führend. Die Bioenergienutzung bietet ebenfalls
124 insbesondere für mittelständische niedersächsische Unternehmen ein gutes Entwicklungspotential.
125 Andererseits nehmen die durch den verstärkten Energiepflanzenanbau verursachten Konflikte zu.

126
127 Ziel der FDP Niedersachsen ist es, die Chancen, die sich aus der Umgestaltung der deutschen
128 Energieversorgungsstruktur für Niedersachsen ergeben, maximal zu nutzen und die sich ergebenden
129 Belastungen weitestgehend zu minimieren.

130
131 Die FDP Niedersachsen begrüßt in diesem Zusammenhang, dass die Landesregierung die
132 Regierungskommission Klimaschutz eingesetzt hat, in der ein Dialog mit und zwischen den
133 gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Akteuren zu Fragen der Klimaschutzpolitik, die untrennbar mit der
134 Energiepolitik verbunden sind, geführt wird. Die Kommission soll bis Ende 2011 Empfehlungen vorlegen,
135 die auf Landesebene in einem Energie- und Klimakonzept umgesetzt werden können.

136
137 Die FDP Niedersachsen setzt zur Stromerzeugung zumindest für die für den Umbau notwendige
138 Übergangszeit auf einen Energiemix aus erneuerbaren Energien, fossilen Energieträgern sowie der
139 Kernenergie, die die FDP Niedersachsen unverändert nur als notwendige Brückentechnologie zur
140 Erreichung ihrer Energieziele ansieht.

141
142 Selbst wenn es gelingt, 35 Prozent der deutschen Stromerzeugung bis zum Jahr 2020 aus regenerativen
143 Energiequellen zu produzieren, muss der verbleibende Teil weiterhin durch andere Energieträger gedeckt
144 werden. Zudem kommt konventionellen regelbaren Kraftwerken aufgrund der Zunahme schwankender
145 Wind- und Solarstromerzeugung eine wachsende Bedeutung für die Stabilität der Stromnetze zu.

146
147 **3.1.1. Ausbau der erneuerbaren Energien in Niedersachsen**
148 Der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung hat in den vergangenen Jahren in
149 Niedersachsen massiv zugenommen, so dass Niedersachsen insoweit bereits heute eine führende Stellung
150 in Deutschland einnimmt.

151 Die erneuerbaren Energien sollen auch in Niedersachsen künftig weiter an Bedeutung gewinnen und ihren
152 Anteil an der Stromerzeugung kontinuierlich erhöhen. Dies muss aus Sicht der FDP Niedersachsen aber
153 mit Augenmaß geschehen, insbesondere im Hinblick auf die Entwicklung der Strompreise und auch die mit
154 dem Ausbau verbundenen Belastungen der Bürgerinnen und Bürger sowie der Natur und Umwelt.

155
156 **3.1.1.1. Windenergie**
157 Die Nutzung der Windenergie ist für Niedersachsen bereits heute sowohl aus energie- als auch
158 wirtschaftspolitischen Überlegungen von erheblicher Bedeutung. Mit ca. 6600 MW und damit etwa 25
159 Prozent der deutschlandweit installierten elektrischen Windenergieleistung ist Niedersachsen in diesem
160 Bereich führend. Zahlreiche, insbesondere mittelständische Unternehmen produzieren in Niedersachsen
161 sowohl für den heimischen Markt als auch den Export und stellen rund 25.000 direkte und indirekte,
162 qualifizierte Arbeitsplätze zur Verfügung. Diese Entwicklung trägt auch zur nachhaltigen Stärkung ehemals
163 strukturschwacher Regionen bei.

164
165 Der Ausbau der Windenergie im Binnenland ist nach Auffassung der FDP Niedersachsen allerdings an
166 seinen Grenzen angelangt. Ein weiterer massiver Ausbau findet bei den Bürgerinnen und Bürger nicht
167 mehr die erforderliche Akzeptanz. Zu begrüßen ist hingegen das sog. Repowering, also das Ersetzen
168 älterer Anlagen durch neue leistungsfähigere. Es ist Aufgabe der kommunalen Planungsträger, hierfür die
169 planungsrechtlichen Voraussetzungen zu schaffen. Die Interessen der Bürgerinnen und Bürger müssen
170 hierbei nach Auffassung der FDP Niedersachsen maßgeblich berücksichtigt werden. Dieses betrifft
171 besonders den Schutz der Gesundheit, der Lebensqualität, des Eigentums und des Landschaftsbildes.

172
173 Überlegungen zum Ausbau der Windenergienutzung im Wald steht die FDP Niedersachsen grundsätzlich
174 ablehnend gegenüber. Nur im Einzelfall können bereits baulich belastete Waldflächen als Standort für
175 Windenergieanlagen in Frage kommen.

176
177 Der Ausbau der Windenergienutzung auf See in der Deutschen Bucht bietet das größte Ausbaupotential
178 bei den erneuerbaren Energien und soll das Kernstück beim Umbau der Stromerzeugungskapazitäten
179 darstellen.

180
181 Die Niedersächsische Landesregierung hat dies frühzeitig erkannt und in Cuxhaven und Emden die
182 notwendigen Infrastrukturen für den Auf- und Ausbau der Windenergie auf See bereitgestellt und wird diese
183 weiter ausbauen. Die FDP Niedersachsen unterstützt in diesem Zusammenhang die von der
184 Landesregierung in den nächsten Jahren geplanten Hafeninfrastukturprojekte an der niedersächsischen
185 Küste wie die Erweiterung der Basis für Windenergieanlagen auf hoher See in Cuxhaven, den Ausbau der
186 Niedersachsenbrücke in Wilhelmshaven. Weiterhin ist der Ausbau des Rysumer Nackens als Erweiterung
187 des Seehafens Emden erforderlich.

188
189 Darüber hinaus setzt sich die Niedersächsische Landesregierung erfolgreich für die zügige Bereitstellung
190 der notwendigen Netzanschlüsse ein. Mit der landesraumordnerischen Festlegung einer
191 Sammelkabeltrasse für acht Windparkprojekte mit einer geplanten elektrischen Leistung von bis zu 3000

192 MW über die Insel Norderney hat Niedersachsen einen entscheidenden Beitrag zur Realisierung der ersten
193 See-Windparks geleistet.
194 Derzeit wird in Niedersachsen an der Ausweisung einer zweiten Kabeltrasse gearbeitet, die nach
195 Ausschöpfung der Norderney-Trasse für eine elektrische Leistung von etwa 5000 MW zur Verfügung
196 stehen soll.

197
198 Die FDP Niedersachsen begrüßt diese Anstrengungen und bittet die Landesregierung, auch künftig
199 konsequent die infrastrukturellen Voraussetzungen für den Ausbau der Windenergie auf See zu schaffen.
200 Ohne diese erforderlichen Infrastrukturmaßnahmen wie Hafenausbau, Entwicklung von Gewerbe- und
201 Industrieflächen sowie den Ausbau des Verkehrsnetzes auf Wasser, Straßen und Schiene wird eine
202 weitere Stärkung des Standortes Niedersachsen nicht möglich sein. Es handelt sich hierbei jedoch auch
203 um eine Aufgabe von nationaler Bedeutung, zu deren Erfüllung wir vom Bund einen
204 Investitionsschwerpunkt Norddeutschland erwarten. Insbesondere die Umsetzung von Projekten im
205 Schienenverkehr entspricht bislang nicht dem beschriebenen Handlungsbedarf.

206
207 Darüber hinaus bittet die FDP Niedersachsen die Landesregierung und die Bundesregierung, sich weiter
208 für ergänzende internationale Netzverbindungsleitungen und eine abgestimmte Netzplanung in der
209 Nordsee einzusetzen.

210
211 Die FDP Niedersachsen begrüßt, dass mit dem Energiekonzept des Bundes die Rahmenbedingungen für
212 den umweltverträglichen Ausbau der Windenergie auf See verbessert werden. Mit dem angekündigten
213 Sonderkreditprogramm, das die Finanzierung der ersten Windparks auf See unterstützen soll, hat der Bund
214 eine zentrale Forderung Niedersachsens aufgegriffen. Damit werden vor allem die Realisierungschancen
215 von Vorhaben mittelständischer Projektträger verbessert. Ein solches Kreditprogramm muss allerdings mit
216 Ausfallgarantien bzw. vergleichbaren Instrumenten des Bundes begleitet werden. Denn die Länder haben
217 nicht die finanzielle Leistungsfähigkeit, um Großbürgschaften für mehrere Windparkprojekte zu
218 übernehmen.

219 220 **3.1.1.2. Biomasse**

221 Auch beim Biogas liegt Niedersachsen mit gut einem Viertel der in Deutschland installierten elektrischen
222 Leistung auf Platz Eins im Ländervergleich. Dabei gewinnt neben der Verstromung die Einspeisung von
223 aufbereitetem Biogas in die Erdgasnetze zunehmend an Bedeutung.

224
225 Angesichts des bisherigen zum Teil ungezügeltten Wachstums der Biogasanlagen, das auch durch eine
226 äußerst großzügige Vergütung über das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) hervorgerufen wurde,
227 begrüßt die FDP Niedersachsen die Bundesratsinitiative der Landesregierung zur Senkung der Vergütung
228 und zur Vereinfachung der komplizierten Boni-Struktur im EEG. Bei der angestrebten Senkung der EEG-
229 Vergütung und der Vereinfachung der Boni, ist es für die FDP Niedersachsen wichtig, dass eine
230 Besserstellung gülleverwertender Biomasseanlagen weiterhin gegeben ist. Durch die Verarbeitung der
231 Gülle wird der CH₄-Ausstoß reduziert. Methan ist ein Gas, das für das Klima wesentlich schädlicher ist als
232 CO₂. Der Vertrauensschutz für bereits getätigte Investitionen ist dabei jedoch von großer Bedeutung.

233
234 In einigen Regionen Niedersachsens ist deutlich geworden, dass die Grenzen des Wachstums von
235 Biogasanlagen auch aufgrund einer sich verschärfenden Flächenkonkurrenz erreicht sind. Diese
236 Entwicklung wirkt sich häufig zum Nachteil der Lebens- und Futtermittelproduktion aus. Monokulturen mit
237 Maisanbau, aber auch schon ein deutlich erhöhter Maisanteil in der Fruchtfolge bedeuten Probleme für den
238 Natur- und Landschaftsschutz in Niedersachsen.

239
240 Im Jahr 2010 hat sich die Gesamt-Maisanbaufläche in Niedersachsen um nahezu ein Viertel erhöht. Daran
241 besitzen die Biogasanlagen einen beträchtlichen Anteil, da der Einsatz von Mais als erneuerbare
242 Energiequelle bei der Vergütung begünstigt wird.

243
244 Bei aller Kritik an der Biomasse sieht die FDP Niedersachsen aber durchaus die Vorteile dieser
245 Erneuerbaren Energie. Durch die gute Speicherbarkeit kann das Biogas als Korrekturenergie bei
246 Schwankungen anderer Energiequellen, z.B. der Windkraft, dienen. Die Liberalen begrüßen vor diesem
247 Hintergrund privatwirtschaftliche Initiativen zur Gründung eines Virtuellen Kraftwerkes aus vielen
248 Biomasseanlagen. Diese Ansätze können die ersten Schritte aus der staatlichen Preisfestsetzung hin zum
249 Ziel der Energieversorgung mit einem freien Marktpreis für Strom aus Erneuerbaren Energien sein.

250
251 Für die FDP Niedersachsen ist es bei der weiteren Nutzung von Biogas deshalb von entscheidender
252 Bedeutung, dass die unterschiedlichen Interessen stärker als bisher zu einem Ausgleich geführt werden.
253 Der verstärkte Einsatz biogener Abfälle und von Nebenprodukten in landwirtschaftlichen Biogasanlagen
254 wäre dazu ein sinnvoller Beitrag und kann durch eine Ausweitung der Zulassung bestimmter Bioabfälle
255 erreicht werden.

256
257

258 **3.1.1.3. Wasserkraft**

259 Die Potentiale zum weiteren Ausbau der Wasserkraftnutzung in Niedersachsen sind sehr begrenzt. Gerade
260 das Potential der herkömmlichen Wasserkraftnutzung mit Großkraftwerken und großen Staustufen ist als
261 ausgeschöpft zu betrachten. Insbesondere die bei dieser Energiegewinnungsform häufig auftretenden
262 Konflikte mit Fischern und Anglern sowie die Vorgaben der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie lassen
263 für die Wasserkraft als der ältesten Form der erneuerbaren Stromproduktion, kaum Ausbaumöglichkeiten
264 zu. Dennoch gilt es – wo möglich – Effizienzpotentiale bei den bestehenden Wasserkraftanlagen zu heben.

265
266 Insbesondere der Einsatz von Kleinwasserkraftwerken nach neuestem Stand, in Einklang mit der
267 Wasserrahmenrichtlinie und vor allem dem Fischschutz, kann nach Meinung der FDP ein sinnvoller Beitrag
268 zur dezentralen und stabilen Stromproduktion sein, insbesondere ohne Flussanstau.

269 270 **3.1.1.4. Photovoltaik**

271 Die Energiegewinnung aus Photovoltaikanlagen weist aufgrund der maximalen Stromerzeugung zu
272 Spitzenlastzeiten signifikante Vorteile auf, stößt aber vor allem hinsichtlich ihrer zunehmenden Verbreitung
273 auf nachlassende öffentliche Akzeptanz. So gehört die durch Photovoltaik erzeugte Energie zu den
274 teuersten Formen der Energiegewinnung, was sich über die entsprechende Einspeisevergütung ungünstig
275 auf den Strompreis auswirkt; dies muss sich durch die unbedingt nötige kontinuierliche Anpassung der
276 Einspeisevergütung ändern. Selbst in Norddeutschland ist ab dann die ökonomische und ökologische
277 Gesamtbilanz von Photovoltaikanlagen positiv zu beantworten. Durch den erheblichen Zubau müssen die
278 Netzbetreiber auch in kritischen Netzsituationen die Möglichkeit bekommen, die Produktionsleistung der
279 Photovoltaikanlagen durchgreifender als es bisher möglich ist zu regeln. Daneben ergeben sich durch die
280 technischen Möglichkeiten der in den PV-Anlagen eingesetzten Wechselrichter im Zusammenspiel mit
281 intelligenten Netzen erhebliche Einsparungschancen für den Netzausbau. Die FDP Niedersachsen steht
282 vor diesem Hintergrund sowohl der aktuellen Fördersituation kritisch gegenüber und hält eine Anpassung
283 der Vergütung für notwendig und fordert zudem auch einen Ausbau des Anteils der Photovoltaik zu einer
284 zukünftigen Energieversorgung, indem frühzeitig Konzepte für eine Vermarktung von Strom aus PV-
285 Anlagen insbesondere auf kommunaler Ebene entwickelt werden.

286 287 **3.1.2. Kohle**

288 Auf den Energieträger Kohle bleiben wir auch künftig angewiesen. Mit Blick auf Umwelt- und
289 Ressourcenschutz muss sie – wie jeder andere Energieträger auch – möglichst effizient genutzt werden.
290 Aufgrund fortwährender Entwicklungsfortschritte in der Kraftwerkstechnologie liegen die Wirkungsgrade
291 dieser Anlagen zwangsläufig hinter denen moderner Kraftwerksneubauten zurück.

292
293 Neue Anlagen emittieren etwa 60 Prozent weniger an Luftschadstoffen und etwa 25 Prozent weniger
294 Kohlendioxid als alte. Der europäische Emissionshandel gewährleistet dabei, dass die europäischen und
295 deutschen Klimaschutzziele eingehalten werden, unabhängig davon, wo in Europa neue Kraftwerke
296 entstehen.

297
298 Daher besteht für die FDP Niedersachsen aus wirtschaftlichen Gründen ein großes Interesse daran, dass
299 Kraftwerksinvestitionen in Niedersachsen und nicht anderswo getätigt werden.

300 Die FDP Niedersachsen begrüßt daher die Planungen für den Neubau moderner, energieeffizienter und
301 klimafreundlicher Kohlekraftwerke.

302
303 Der Abscheidung und dauerhaften Speicherung von Kohlendioxid (CCS) steht die FDP Niedersachsen
304 skeptisch gegenüber. Derzeit ist noch völlig offen, ob CCS jemals sinnvoll eingesetzt werden kann. Insofern
305 begrüßt die FDP Niedersachsen, dass mit dem Energiekonzept zunächst auf Demonstrationsvorhaben
306 gesetzt wird, um in den nächsten Jahren Aufschluss über die Umweltverträglichkeit sowie die
307 wirtschaftliche und technische Machbarkeit von CCS zu erlangen.

308
309 Allerdings hat die CCS-Technologie überhaupt nur dann eine Zukunft, wenn sie in der Bevölkerung die
310 notwendige Akzeptanz findet. Schon die Erprobung und Demonstration dieser Technologie soll daher nach
311 Auffassung der niedersächsischen Liberalen nur mit dem Einverständnis der Parlamente der betroffenen
312 Bundesländer möglich sein.

313
314 Die FDP unterstützt Aktivitäten zur Erforschung anderweitiger Kohlendioxid-Nutzungen.

315 316 **3.1.3. Gas**

317 Regelbaren Gaskraftwerken kommt eine zentrale und zunehmende Bedeutung für die Stromversorgung zu.
318 Sie können auf Grund ihrer Flexibilität einspringen, wenn kurzfristige Schwankungen aus Wind- oder
319 Solarenergie dies erforderlich machen. Der Stromerzeugung aus Gas, die zudem vergleichsweise effizient
320 und emissionsarm ist, wird deshalb auch in einer umgebauten Energieversorgungsstruktur eine
321 herausragende Bedeutung zu kommen.

322

323 Allerdings ist zu berücksichtigen, dass 85 Prozent des gegenwärtig benötigten Erdgases zur
324 Stromerzeugung importiert wird, was unter dem Gesichtspunkt der Versorgungssicherheit problematisch
325 ist.

326
327 Rund 95 Prozent des deutschen Erdgases werden in Niedersachsen gefördert. Erdgasproduktion und -
328 transport sind für Niedersachsen seit über 50 Jahren wichtige Standort- und Wirtschaftsfaktoren: Die
329 Erdgasindustrie hat bereits mehrere 100 Mio. Euro in Niedersachsen investiert und rund 10.000
330 Arbeitsplätze der Erdgasförderindustrie sind in strukturschwachen Gebieten Niedersachsens angesiedelt.
331 Niedersachsen kommt daher deutschland- und europaweit eine besondere Bedeutung bei der
332 Erdgasversorgung zu und ist zugleich ein wichtiges Transitland und Drehkreuz für Erdgasfernleitungen.
333 Insbesondere der Bau der Ostsee-Pipeline macht den Bau zusätzlicher Gas-Hochdruckleitungen durch
334 Norddeutschland erforderlich.

335
336 Die FDP Niedersachsen bittet daher die Landesregierung, die Gasnetzbetreiber durch effizient und zügig
337 durchgeführte Planfeststellungsverfahren weiterhin bei der Realisierung geplanter neuer Leitungen zu
338 unterstützen. Im Rahmen der Diskussion um eine Verbesserung der Investitionsbedingungen für
339 Gasnetzbetreiber setzt sich die FDP Niedersachsen für eine Verbesserung der Anreize für Investitionen in
340 die Gasnetze ein.

341 In Niedersachsen werden seit über 30 Jahren unterirdische Kavernenspeicher errichtet und betrieben,
342 diese dienen überwiegend der Zwischenlagerung von importiertem Erdgas sowie Erdöl. Die Speicher
343 leisten damit einen wesentlichen Beitrag für die Sicherheit der Energieversorgung in Deutschland. Unter
344 anderem ermöglichen sie den Ausgleich zwischen Produktion und Nachfrage, decken Nachfragespitzen in
345 der kalten Jahreszeit, aber auch im täglichen Verbrauch und sind in der Lage, auch längerfristige
346 Importstörungen auszugleichen. Damit bilden Kavernen das Rückgrat der Versorgungssicherheit bei
347 Erdgas und Erdöl in Deutschland und minimieren die Risiken für die Wirtschaft sowie etwaige
348 Beeinträchtigungen der Lebensqualität der Bevölkerung, die durch einen Ausfall von Importen entstehen
349 können.

350
351 Die FDP Niedersachsen begrüßt darüber hinaus die Errichtung und den Ausbau neuer Gasspeicher in
352 Niedersachsen, da dies zur Stärkung des Standortes Niedersachsen in energie- und wirtschaftspolitischer
353 Hinsicht beiträgt.

354
355 Die FDP Niedersachsen begrüßt ausdrücklich die Bemühungen der Landesregierung, künftig die
356 Öffentlichkeit intensiver und zeitnaher einzubinden, wenn es um die Durchführung unkonventioneller
357 Erdgasfördermethoden wie z.B. des sog. Fracings geht. Diese Methode, bei der gashaltige
358 Gesteinsschichten durch das Einpressen von „Frac-Flüssigkeit“ unter sehr hohem Druck aufgesprengt
359 werden, stellt seit Jahren eine bewährte Art der Rohstoffgewinnung dar und ist somit als fester Bestandteil
360 der Niedersächsischen Erdgasförderung anzusehen. Gleichwohl kann die Akzeptanz dieser Technologie
361 nur durch transparente Planungsprozesse, die dem Umweltschutz Rechnung tragen, gewährleistet werden.

362 **3.1.4. Kernenergie und sicherer Verbleib radioaktiver Abfälle**

364 Die FDP Niedersachsen bewertet die Nutzung der Kernenergie und die Sicherheit der Kernkraftwerke
365 rational und unvoreingenommen. Aufgrund rationaler Abwägungen und auf Basis ihrer liberalen
366 Fundamente, hat die FDP Niedersachsen sich bereits frühzeitig für einen Ausstieg aus der Kernenergie
367 entschieden und sieht diese als Auslauftechnologie im Rahmen des aktuell notwendigen Energiemixes an.
368 Unvernünftig und kurzfristig sind aber ebenso die aktuell erhobenen Forderungen nach einem sofortigen
369 Abschalten aller deutschen Kernkraftwerke. Die FDP Niedersachsen setzt sich für ein neues, rationales
370 Konzept zum beschleunigten Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie in Deutschland ein, dass die
371 Vorteile der Kernenergie solange berücksichtigt, solange die Energieversorgung in Deutschland nicht auf
372 andere Weise ersetzt werden kann.

373 Die FDP Niedersachsen begrüßt daher das von der Bundesregierung gemeinsam mit den
374 Landesregierungen der Länder mit Kernkraftwerken verkündete Moratorium der Laufzeitverlängerung und
375 die zusätzliche Sicherheitsüberprüfung der deutschen Kernkraftwerke. Für die FDP Niedersachsen hat die
376 Sicherheit absoluten Vorrang!

377
378 Der sichere Verbleib der radioaktiven Abfälle ist, unabhängig davon, wie man zur Kernenergie steht,
379 zwingend geboten. Diese Aufgabe darf nicht weiter auf kommende Generationen verschoben werden,
380 sondern es muss nach Überzeugung der FDP Niedersachsen heute dafür Verantwortung übernommen
381 werden.

382
383 Mit dem planfestgestellten Endlager „Schacht Konrad“ ist der Verbleib schwach-mittelradioaktiver Abfälle
384 grundsätzlich geregelt. Insoweit geht es nunmehr darum, auch zügig zu einer Inbetriebnahme zu kommen.
385 Die FDP Niedersachsen bedauert, dass es zu erheblichen Verzögerungen kommt und fordert die
386 Bundesregierung auf, die bisherige Aufgabenwahrnehmung kritisch zu überprüfen und sicherzustellen,
387 dass es nicht zu weiteren vermeidbaren Verzögerungen kommt.

388

389 Der Verbleib hochradioaktiver Abfälle ist hingegen weiterhin völlig ungeklärt. Noch immer gibt es kein
390 hierfür geeignetes Endlager.
391

392 Die FDP Niedersachsen begrüßt, dass die Bundesregierung nunmehr, nachdem auf Grund des rot-grünen
393 Moratoriums zehn Jahre ungenutzt verstrichen sind, die ergebnisoffene Erkundung des Salzstocks in
394 Gorleben wieder aufgenommen hat. Auch im Interesse der Menschen vor Ort muss möglichst zügig geklärt
395 werden, ob sich der Salzstock als Endlagerort für hochradioaktive Abfälle eignet. Die jahrzehntelange
396 Ungewissheit und die damit verbundenen Auseinandersetzungen sind für die Menschen in der Region und
397 auch ganz Niedersachsen nicht länger hinnehmbar. Wir brauchen endlich Klarheit!
398

399 Die FDP Niedersachsen setzt sich auch weiterhin dafür ein, dass das weitere Erkundungsverfahren
400 ergebnisoffen, transparent und in einem engen öffentlichen Dialog insbesondere mit der örtlichen
401 Bevölkerung durchgeführt wird. Sowohl bei der weiteren Erkundung als auch bei der Bewertung der
402 Ergebnisse müssen externe Wissenschaftler auch aus anderen Ländern hinzugezogen werden.
403

404 Weder die bisher getätigten noch die ausstehenden Aufwendungen für die Erkundungsarbeiten, dürfen zu
405 irgendeiner Vorfestlegung auf den Standort Gorleben führen. Allein die wissenschaftlichen Erkenntnisse
406 sind entscheidend.
407

408 Um eine zügige Lösung der Endlagerfrage zu finden und der Verantwortung für kommende Generationen
409 gerecht zu werden soll neben der Forschung in Gorleben auch umgehend mit der Suche nach weiteren
410 geeigneten Lagerstätten begonnen werden. Hierbei müssen alle technisch und physikalisch möglichen
411 Aufbewahrungskonzepte geprüft werden. Dazu gehört auch eine mögliche Lagerung „über Tage“ und die
412 Möglichkeit der dauerhaften Zwischenlagerung hochradioaktiver Abfälle. Hierfür soll ein
413 Sachverständigenrat eingesetzt werden, welcher der Politik beratend zur Seite steht. Dieser soll objektive
414 und wissenschaftlich fundierte Kriterien für die Suche nach einem geeigneten Lager entwerfen; diese
415 Kriterien müssen auch eine mögliche Risikoeinschätzung der Gefahren für die Bevölkerung
416 berücksichtigen.
417

418 Um für eine alternative Standortsuche vorbereitet zu sein, ist es aber erforderlich, schon jetzt zu bewerten,
419 ob und inwieweit die neben Salz in Frage kommenden Wirtsgesteine grundsätzlich geeignet sind,
420 hochradioaktive Abfälle dauerhaft sicher von der Biosphäre abzuschließen.
421

422 Die FDP Niedersachsen fordert die Bundesregierung deshalb auf, eine solche Bewertung unverzüglich
423 vorzunehmen. Auch insoweit bedarf es absoluter Transparenz und wissenschaftlicher Begleitung.
424

425 Die FDP Niedersachsen setzt sich dafür ein, die noch ausstehenden Rückführungen hochradioaktiver
426 Abfälle aus Frankreich und Großbritannien nicht nach Gorleben durchzuführen, sondern in ein oder
427 mehrere andere geeignete Zwischenlager. Dies ist geboten, um dem Eindruck entgegen zu wirken, dass
428 mit der Zwischenlagerung der entsprechenden Transportbehälter in Gorleben eine Vorfestlegung auf den
429 Salzstock Gorleben als Endlagerstandort für diese Abfälle verbunden ist.
430

431 Da für den in diesem Jahr anstehenden Transport aus Frankreich nach Gorleben an anderen
432 Zwischenlagerstandorten die genehmigungsrechtlichen Voraussetzungen in der Kürze der Zeit nicht
433 geschaffen werden können, ist es erforderlich, diesen Transport abweichend von den bestehenden
434 völkerrechtlichen Verpflichtungen auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben.
435

436 Die FDP Niedersachsen bittet die Bundesregierung dringend, hierüber mit der französischen Regierung
437 entsprechende Gespräche zu führen.
438

439 Bezüglich der Sicherheitsanforderungen an ein Endlager für hochradioaktive Abfälle begrüßt die FDP
440 Niedersachsen, dass nunmehr auf eine niedersächsische Initiative hin vorgesehen ist, dass die
441 eingelagerten Behälter während der Betriebsphase rückholbar eingebracht werden müssen. So ist
442 zumindest für diese Phase sichergestellt, dass Fortschritte in der Kernphysik im Umgang mit
443 hochradioaktiven Abfällen, etwa in der Transmutationsforschung, umgesetzt werden können.
444

445 Die langzeitsichere Sanierung der Schachanlage Asse II hat für die FDP Niedersachsen weiterhin höchste
446 Priorität. Sollte eine Rückholung der Abfälle machbar sein, muss diese unabhängig von finanziellen
447 Auswirkungen vollzogen werden. Die FDP Niedersachsen fordert daher die Bundesregierung auf,
448 sicherzustellen, dass die dafür organisatorisch und finanziell notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen
449 werden. Gleichwohl gilt es nicht nur die Sicherheit für die kommenden Generationen, sondern auch die
450 Sicherheit der heutigen Generation, insbesondere der Mitarbeiter der Schachanlage Asse II und der in der
451 Region lebenden Menschen, zu berücksichtigen. Aus Sicht der FDP Niedersachsen war die Entscheidung
452 zur Anwendung von Atomrecht folgerichtig. Die FDP hat immer darauf hingewiesen, dass atomrechtliche
453 Genehmigungsverfahren neben dem Vorteil einer intensiveren Beteiligung der Öffentlichkeit auch den
454 Nachteil langwieriger Verwaltungsverfahren mit sich bringen. Die FDP Niedersachsen erkennt an, dass die

455 Niedersächsische Landesregierung ihrerseits die organisatorischen Voraussetzungen für effiziente
456 Verwaltungsverfahren geschaffen hat und erwartet, dass das Bundesamt für Strahlenschutz unter
457 Einhaltung des Atomrechts alle erforderlichen Schritte zur Umsetzung der Rückholung ergreift. Die
458 Anwendung von Gefahrenabwehrrecht und damit die Möglichkeit für das Bundesamt für Strahlenschutz
459 ohne Öffentlichkeitsbeteiligung und ohne atomrechtliche und bergrechtliche Genehmigungen arbeiten zu
460 können, darf nur bei Eintritt einer unmittelbaren Gefahr durch ein auslegungsüberschreitendes Ereignis
461 erfolgen. Die Historie der Schachtanlage Asse II hat gezeigt, dass Transparenz im Verfahren zu mehr
462 Sicherheit führt, deswegen darf die Öffentlichkeitsbeteiligung nicht beendet werden. Daher wird die
463 Bundesregierung aufgefordert, die Asse-II-Begleitgruppe bis zum Ende der Sanierung weiter zu
464 finanzieren.

465
466 Die FDP Niedersachsen setzt sich weiter dafür ein, dass die Regionen, in denen Endlager vorhanden sind,
467 einen gerechten Ausgleich für die in nationaler Verantwortung übernommenen Lasten erhalten.
468

469 **3.2. Novelle EEG**

470 Die FDP Niedersachsen sieht es als unerlässlich an, dass die finanzielle Förderung der erneuerbaren
471 Energien über die Einspeisevergütung zugunsten einer echten Wettbewerbsüberlegenheit der
472 erneuerbaren Energien abgeschafft werden muss. Die Einspeisevergütung ist eine dem Wettbewerb
473 fremde Subvention, die dem Wandel hin zu den erneuerbaren Energien diene und dient. Sie ist aber
474 gerade deshalb kein Selbstzweck sondern wird eines Tages wieder einem echten Wettbewerb bei der
475 Energieerzeugung weichen. Der Einspeisevorrang erneuerbarer Energien soll aber langfristig auch über
476 das Auslaufen der Einspeisevergütung hinaus erhalten bleiben.
477

478 Die FDP Niedersachsen begrüßt auch deshalb die von der Bundesregierung vorgesehene Änderung des
479 EEG und dessen verstärkte Orientierung am Markt. Eine weitere Degression der Einspeisevergütung, die
480 Reduzierung von Bonus-Tatbeständen und die Einführung von optionalen Marktprämien sind dabei
481 wichtige Bausteine auf dem Weg zu einer an Effizienz und Wettbewerb ausgerichteten Förderung der
482 erneuerbaren Energien. Das ist für Liberale auch eine soziale Frage.
483

484 Die Ausweitung der Möglichkeiten zur Abschaltung der Energieeinspeisung, soweit dies für die
485 Netzstabilität erforderlich ist, muss gewährleistet werden. Bei netzbedingten Abschaltungen muss aber
486 auch weiter der Vorrang der Erneuerbaren Energien gelten, so dass zuerst die Stromerzeugung aus
487 fossilen Energien vom Netz gehen muss.
488

489 Effizienter Ressourcenschutz wird nicht im Rahmen nationalstaatlicher Alleingänge erreicht werden
490 können. Hierzu benötigt man international abgestimmte Maßnahmen.
491

492 Es muss klar sein, dass das EEG nur eine Übergangslösung auf dem Weg zu einem freien Energiemarkt
493 ist. Die FDP Niedersachsen ist davon überzeugt, dass die erneuerbaren Energien ohne die existierenden
494 Marktbarrieren und überhöhten Durchleitungsgebühren durchaus konkurrenzfähig sind und schon heute
495 einen größeren Teil unserer Energie liefern können.
496

497 **3.3. Ausbau der Übertragungsnetze auf Höchstspannungsebene**

498 Ein entscheidender Punkt, um den Umbau der deutschen Stromerzeugungsstruktur erfolgreich zu
499 gestalten, liegt im Ausbau der Stromübertragungsnetze auf der Höchstspannungsebene.
500

501 Gemäß der DENA-Netzstudie I besteht bis 2015 ein Netzausbaubedarf im Höchstspannungsnetz von rund
502 850 Kilometern. Fast die Hälfte davon entfällt auf Niedersachsen. Die DENA-Netzstudie II weist einen
503 zusätzlichen Ausbaubedarf im deutschen Höchstspannungsnetz bis 2020 von bis zu 3600 km aus. Auch
504 hiervon wird ein großer Teil auf Niedersachsen entfallen.
505

506 Der notwendige Netzausbau kommt bisher nur sehr schleppend voran und droht sich zum Nadelöhr für den
507 Ausbau der Windenergie auf See, von dem Niedersachsen in besonderem Maße profitieren kann, zu
508 entwickeln.
509

510 Die FDP Niedersachsen setzt sich daher für die schnelle Realisierung dieser Netzausbaumaßnahmen ein.
511 Voraussetzung hierfür ist aber auch die notwendige gesellschaftliche Akzeptanz in den von den Trassen
512 betroffenen Regionen.
513

514 Die FDP Niedersachsen begrüßt, dass der Bundesgesetzgeber durch die im Energieleitungsausbaugesetz
515 vorgesehenen Teilverkabelungen bei Siedlungsannäherungen für vier Pilotstrecken, von denen drei in
516 Niedersachsen liegen, einen Beitrag geleistet hat, der zur Akzeptanzsteigerung führen kann.
517

518 Umlagefähige Teilverkabelungen müssen nach Ansicht der FDP Niedersachsen auch für weitere Strecken
519 möglich werden. Die Anreize, in den Ausbau der Übertragungsnetze zu investieren, müssen erhöht
520 werden.

521
522 Darüber hinaus sind weitere flankierende Maßnahmen zur Verbesserung der Akzeptanz des notwendigen
523 Netzausbaus zusätzlich zu den rechtlichen Rahmenbedingungen zu schaffen und zwar durch eine breit
524 angelegte Kommunikationsoffensive zur Integration von fluktuierendem, regenerativen Strom aus
525 erneuerbaren Energien. Es gilt, die Interessen von Anwohnern und Kommunen angemessen zu
526 berücksichtigen.

527
528 Die FDP Niedersachsen erwartet von den Übertragungsnetzbetreibern, dass diese die gesetzlichen
529 Vorgaben zur Teilverkabelung konsequent umsetzen.

530
531 Bestrebungen, eine zentrale Bundesplanung für den Ausbau der Übertragungsnetze zu schaffen, lehnt die
532 FDP Niedersachsen ab. Ein zentralistisch ausgerichteter Planungsansatz des Bundes kann den von der
533 örtlichen Bevölkerung vorgetragenen Bedenken und Einwendungen nicht in der gebotenen Art und Weise
534 gerecht werden.

535 **3.4. Wärmebereich/Energieeffizienz**

537 Für die FDP Niedersachsen ist Energieeffizienz der Schlüssel für eine sichere, preisgünstige und
538 umweltschonende Energieversorgung. Das mit dem Koalitionsvertrag von 2008 gesetzte Ziel, bis 2020 25
539 Prozent des Endenergieverbrauchs des Landes aus erneuerbaren Energien zu decken ist auch Maßstab
540 für den Wärmebereich. Die Durchdringung des Wärmebereichs mit erneuerbaren Energien gestaltet sich
541 bisher weniger dynamisch als der Ausbau im Strombereich, obwohl im Wärmebereich das größere
542 Energiepotenzial liegt und die Wirtschaftlichkeit dieser Maßnahmen eher gegeben scheint.

543
544 Staatliche Vorgaben sollten sich dabei jedoch – wenn möglich – auf die Verbesserung der
545 Marktbedingungen, Investitionsanreize und die Information über technische Möglichkeiten zur
546 Effizienzsteigerung beschränken.

547
548 Im Gebäudebereich legen in Deutschland das Energieeinspargesetz und die Energieeinsparverordnung
549 (EnEV) die Anforderungen an die Energieeffizienz im Neubau fest. Bei der anstehenden Novellierung der
550 EnEV im Jahr 2012 ist beabsichtigt, diese weiter zu verschärfen. Aus Sicht der FDP Niedersachsen muss
551 dabei allerdings künftig mehr als bisher auch auf bauwirtschaftliche und bautechnische Gesichtspunkte
552 sowie auf die Zumutbarkeit und Vermittelbarkeit gegenüber Bauherren und Eigentümern Rücksicht
553 genommen werden. Außerdem gilt es bei einer grundsätzlich zu begrüßenden maßvollen Erhöhung der
554 Effizianzforderungen, die absehbaren Baukostensteigerungen in Grenzen zu halten.

555
556 Von der im Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz (EEWärmeG) enthaltenen Öffnungsklausel für die Länder,
557 im Gebäudebestand ebenfalls eine Nutzungspflicht für erneuerbare Energien bei der Wärmeerzeugung
558 vorzusehen, sollte nach Auffassung der FDP in Niedersachsen kein Gebrauch gemacht werden. Hier
559 könnten gerade bei Sanierungen die Investitionskosten so hoch werden, dass die Maßnahmen
560 unwirtschaftlich werden.

561 **3.4.1. Wohngebäude**

562 Eine bedeutende Rolle bei der Erreichung der nationalen Energieeinspar- und Klimaziele spielt der
563 Wohngebäudebestand. Derzeit wird in Deutschland rund ein Drittel des gesamten
564 Primärenergieverbrauchs für die Raumheizung und Warmwasserbereitung aufgewendet. Dabei ist die
565 energetische Sanierung in vielen Fällen sowohl für den Eigentümer wirtschaftlich als auch ökologisch von
566 Vorteil. Die daraus resultierende Akzeptanz energetischer Sanierungen darf aber nicht durch eine
567 Überforderung von Hausbesitzern und Mietern aufs Spiel gesetzt werden.

568 Die FDP Niedersachsen begrüßt, dass die Bundesregierung in ihrem Energiekonzept zur Unterstützung
569 von Gebäudeeigentümern eine verbesserte finanzielle Ausstattung des CO₂-
570 Gebäudesanierungsprogramms, die Fortführung des Marktanreizprogramms sowie steuerliche Anreize
571 vorsieht. Um verlässliche Rahmenbedingungen für Sanierungsmaßnahmen zu gewährleisten, sollte auf
572 Bundesebene in den nächsten Jahren eine Verstärkung der Förderprogramme und eine Vereinfachung
573 des ordnungsrechtlichen Instrumentariums angestrebt werden.

574
575
576 Das Ziel einer klimafreundlichen Sanierung im Gebäudebestand ist jedoch nicht allein mit Fördermitteln zu
577 lösen. Vielmehr müssen aus Sicht der FDP Niedersachsen die bundesrechtlichen Rahmenbedingungen für
578 die energetische Sanierung vereinfacht werden.

579
580 Die Landesregierung wird ihrerseits eine Initiative „Energetische Sanierung und Einsatz erneuerbarer
581 Wärmeenergien im Gebäudebestand“ starten, deren Umsetzung und Konkretisierung gemeinsam mit den
582 Kammern, Verbänden und gesellschaftlichen Gruppen derzeit erarbeitet wird.

583
584 Die FDP Niedersachsen geht davon aus, dass sich dadurch die Anzahl und die Qualität der energetischen
585 Gebäudesanierungen positiv entwickeln werden. In Niedersachsen wird damit vor allem auf die
586 Eigenverantwortung der Immobilienbesitzer und Vermieter gesetzt.

587

588 Aber auch eine Änderung des Mietrechts auf Bundesebene hält die FDP Niedersachsen für
589 dringend erforderlich, um Anreize für Investitionen in energiesparende Sanierungsmaßnahmen auch im
590 Gebäudebestand zu schaffen und dem „Investor-Nutzer-Dilemma“ zu entgehen:

591 Obwohl Vermieter und Investoren die Kosten für energetische Sanierungen im Allgemeinen mit derzeit
592 jährlich 11 Prozent auf die Kaltmiete umlegen dürfen, profitieren sie nur selten in wirtschaftlicher Hinsicht
593 von den Investitionen. Als weiteren Investitionsanreiz hält die FDP Niedersachsen in diesem
594 Zusammenhang auch die Aufnahme der energetischen Qualität des Objektes in den Mietspiegel für
595 sinnvoll.

596

597 **3.4.2. Öffentliche Gebäude**

598 Die FDP Niedersachsen begrüßt, dass die Landesregierung die Notwendigkeit energetischer Maßnahmen
599 auch im Bereich der öffentlichen Gebäude erkannt hat und eine Reihe von Investitionen vor allem im
600 Bereich kommunaler Gebäude unterstützt.

601

602 Aber auch im Bereich der Landesliegenschaften hält die FDP Niedersachsen eine Vorbildfunktion der
603 öffentlichen Hand bei der energetischen Sanierung für unabdingbar. Dabei sollte das Instrument des
604 Energie-Contracting eine größere Rolle als bisher spielen.

605

606 In gewissem Umfang bieten sich landeseigene Gebäude auch für die Erzeugung erneuerbarer Energien
607 an. So wird das Dachflächenpotenzial für solarthermische Anlagen bisher nur minimal genutzt. Für
608 Investoren können sich hier aus Sicht der FDP Niedersachsen interessante Perspektiven bieten.

609

610 Mit dem in Niedersachsen entwickelten und gemeinsam von der Landesregierung mit den kommunalen
611 Spitzenverbänden durchgeführten Wettbewerb „Klima Kommunal“ konnten innovative Klimaschutzkonzepte
612 in Städten, Gemeinden und Landkreisen ausgezeichnet werden. Deren öffentlichkeitswirksame
613 Auszeichnung dient dazu, diese Innovationen anderen zur Nachahmung zu empfehlen.

614

615 **3.4.3. Unternehmen**

616 Die FDP Niedersachsen fordert die Landesregierung auf, Aktivitäten zur Energieeinsparung und Steigerung
617 der Energieeffizienz mit den Unternehmen und nicht gegen sie auf den Weg bringen. Dabei gilt es,
618 wirtschaftlich erschließbare Energiesparoptionen aufzudecken und zu nutzen, die sowohl dem Klimaschutz
619 als auch der Einsparung von Energiekosten in den Unternehmen dienen.

620

621 Begrüßt wird in diesem Zusammenhang die Förderung des Projekts „Transferzentren Energieeffizienz“.
622 Dabei beraten erfahrene Unternehmer in einem moderierten Prozess andere Unternehmen bei der
623 Durchführung von Energieeinsparmaßnahmen. Die Ergebnisse der „Transferzentren Energieeffizienz“
624 werden dann allen Unternehmen in Niedersachsen über einen Leitfaden zugänglich gemacht. Dieses
625 Projekt soll durch die Landesregierung fortgesetzt werden.

626

627 **3.4.4. (Tiefen-)Geothermie**

628 Im Bereich der Geothermie ist bis 2020 für den Strombereich im Gegensatz zur Wärmeversorgung nicht mit
629 einem entscheidenden Zubau in Niedersachsen zu rechnen.

630 Die größte Hürde für einen Ausbau dieser Stromerzeugungsform stellt die derzeit noch mangelnde
631 Wirtschaftlichkeit ihrer Nutzung dar.

632

633 Die FDP Niedersachsen begrüßt es daher sehr, dass sich zur Steigerung der Wirtschaftlichkeit der neu
634 gegründete Niedersächsische Forschungsverbund Geothermie und Hochleistungsbohrtechnik (gebo) mit
635 der Entwicklung neuer Verfahren und innovativer Werkstoffe beschäftigt.

636

637 Das Land Niedersachsen fördert diesen Forschungsverbund mit bis zu 9,5 Mio. Euro jährlich.

638 Wir begrüßen diese Anstrengungen der Landesregierung, ein Klima für Innovationen in diesem Bereich zu
639 schaffen, das aus unserer Sicht für die Fortsetzung der Erfolgsgeschichte dieser z.T. noch jungen,
640 entwicklungsfähigen Branche unerlässlich ist.

641

642 Bereits heute kann Niedersachsen im Wärmebereich eine Vielzahl eigener Geothermieprojekte vorweisen,
643 landesweit sind derzeit ca. 5600 oberflächennahe Erdwärmesondeanlagen gemeldet. Was die tiefe
644 Geothermie angeht, hat das Land derzeit sieben Erlaubnisfelder zur Aufsuchung von Erdwärme vergeben.
645 Allein an diesen Fakten kann man erkennen, dass sich hier noch großes Entwicklungspotenzial verbirgt,
646 das es zu unterstützen gilt. Wir sind der Überzeugung, dass die Geothermie ein integraler Bestandteil des
647 Zeitalters der erneuerbaren Energien werden wird.

648

649 Solarthermie-Anlagen als dezentrale Energieversorgung für Heizung und Brauchwasser sind zu
650 unterstützen.

651

652 **4. Mobilität**

653 Liberale Energiepolitik ist auch immer liberale Wirtschaftspolitik - und damit in entscheidender
654 Weise vom Faktor Mobilität abhängig. Mobilität hat für Niedersachsen einen enorm hohen Stellenwert. Die
655 Anbindung aller Wirtschaftsräume durch verkehrsgerechte Bundesfernstraßen, durch die Verbesserung
656 des Schienennetzes und den Ausbau der Wasserstraßen ist für die wirtschaftliche Entwicklung
657 Niedersachsens dringend geboten.

658
659 Die FDP Niedersachsen begrüßt nachdrücklich, dass die Landesregierung eine neue Landesinitiative
660 Mobilität auf den Weg bringen will, die dazu beitragen soll, dass Lösungen zu einer sicheren und
661 umweltfreundlichen Mobilität aus Niedersachsen kommen.

662
663 Es wird weiterhin ausdrücklich begrüßt, dass dem Thema Elektromobilität mittlerweile ein hoher Stellenwert
664 eingeräumt wird. Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, Deutschland zu einem Leitmarkt für
665 Elektromobilität zu machen und hat hierfür zwei erfolgreich laufende Programme auf den Weg gebracht:
666 das Nationale Innovationsprogramm Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie mit einem
667 Fördervolumen von 700 Mio. Euro und einer Laufzeit bis 2016 und das batterieelektrische
668 Schwerpunktprogramm Förderung anwendungs-orientierter Forschung bis 2011 und einer Fördersumme
669 von 500 Mio. Euro.

670 Ebenso wird im Energiekonzept der Bundesregierung das Ziel definiert, bis zum Jahr 2020 eine Million und
671 bis zum Jahr 2030 fünf Millionen Elektrofahrzeuge auf deutsche Straßen zu bringen. Dieses Ziel soll u.a.
672 mit dem Nationalen Entwicklungsplan Elektromobilität erreicht werden.

673 Die FDP fordert insbesondere, für den ländlichen Raum in den dünner besiedelten Gebieten Konzepte zu
674 entwickeln, denn nur bei einer wirklich flächendeckenden Einführung kann die erforderliche Akzeptanz in
675 der Bevölkerung erreicht werden. Die FDP Niedersachsen ist sich bewusst, dass der Ausbau der
676 öffentlichen Ladeinfrastruktur als notwendige Voraussetzung für eine flächendeckende Einführung von
677 Elektromobilität eine elementare und komplexe Aufgabe darstellt, die noch Jahre in Anspruch nehmen wird.

678 Das Energiekonzept der Bundesregierung sieht zudem vor, dass der Schienenverkehr in das Thema
679 Elektromobilität integriert werden soll. Diese Einbeziehung erscheint sehr sinnvoll. Aufgrund des hohen
680 Anteils elektrischer Traktion ist der Schienenverkehr heute schon das hauptsächliche E-Mobilität-
681 Verkehrsmittel in Deutschland. Für Schienenverkehre, die mit elektrischer Energie erbracht werden, gelten
682 alle Vorteile, die für die Elektromobilität insgesamt genannt werden: geringere Abhängigkeit von Öl, keine
683 lokalen Emissionen sowie die Möglichkeit für CO₂-neutrale Verkehre durch erneuerbare Energien.
684 Gleichzeitig entfallen aufgrund der Zufuhr durch den Fahrdrat die im Straßenverkehr möglicherweise
685 auftretenden Nachteile hoher Gewichte durch das Mitführen von Batterien oder anderer Anlagen zur
686 Speicherung der Energie. Außerdem kann im Schienenverkehr Bremsenergie zurück ins Netz gespeist
687 werden und so eine noch höhere Effizienz der E-Mobilität realisiert werden.

688 Die vorrangig geförderte Erzeugung von Bioethanol und dessen Beimischungszwang (E10) ist mittlerweile
689 für seine Ineffektivität im wirtschaftlichen Sinne sowie bei der Einsparung von CO₂ berüchtigt. Darüber
690 hinaus hat diese Art von Energiepolitik mit der Akzeptanz in der Bevölkerung zu kämpfen. Ein weiteres,
691 besonders frapierendes Beispiel für die negativen Folgen einer Biokraftstoffförderung ohne ein
692 ausreichendes Bedenken der Konsequenzen ist die Nutzung von Palmöl als „grünem“ Rohstoff mit all
693 seinen negativen Folgen für den Regenwald. Auch das in deutschem Benzin verwendete Bioethanol ist
694 bekannt dafür, den Anbau von Zuckerrohr unter menschenunwürdigen Bedingungen zu fördern. Daher
695 fordert die FDP Niedersachsen die Abschaffung des E10-Angebotszwangs und anderer erzwungener
696 Kraftstoffbeimischungen.

697 Ein weiterer verfolgungswerter Ansatz könnte es sein, den Einsatz von Biokraftstoffen im Schienenverkehr
698 häufiger zu praktizieren und weiter zu erforschen, denn das Potential für umweltfreundlich produzierte
699 Treibstoffe in Deutschland könnte den Bedarf des gesamten dieselbetriebenen Schienenverkehrs decken,
700 während der Bedarf im Straßenverkehr so groß ist, dass diese Kraftstoffe nur als Beimischung oder als
701 Nischenprodukte angeboten werden können.

702 Die FDP unterstützt die Landesregierung in ihrem Engagement, sich gemeinsam mit niedersächsischen
703 Unternehmen und Forschungseinrichtungen um die Einführung bzw. Weiterentwicklung einer Technologie
704 zur synthetischen Herstellung von Kraftstoffen aus Biomasse zu befassen. Die Verfolgung einer derartig
705 neuen Kraftstoffstrategie hat für Niedersachsen als Agrarland und als bedeutender Standort der
706 Automobilindustrie eine große Bedeutung.

707 708 **5. Stärkung der Energieforschung**

709 Der Lehre und Forschung kommt für die Umgestaltung der Energieerzeugungsstrukturen eine zentrale
710 Bedeutung – insbesondere im Bereich der Speicher- und Netztechnologie – zu.

711 Niedersachsen steht gemeinsam mit Bayern und Nordrhein-Westfalen an der Spitze der
712 Energieforschungsländer in Deutschland. Der Zukunftsbereich der erneuerbaren Energien ist in
713 Niedersachsen systematisch ausgebaut worden. Dafür stehen die Gründung von FORWIND, dem
714 Forschungszentrum Windenergie im Jahr 2003, das neue Fraunhofer-Institut für Windenergie und
715 Energiesystemtechnik mit Arbeitsgruppen in Oldenburg und Hannover in 2009 und das
716 Energieforschungszentrum Niedersachsen in Goslar. Hochschulen und Forschungseinrichtungen arbeiten

717 eng mit Unternehmen zusammen, so im Forschungszentrum EWE Next Energy Institut an der
718 Universität Oldenburg.

719

720 Auch bei der Ausbildung im Bereich der Energietechnik ist Niedersachsen gut aufgestellt: An der
721 Niedersächsischen Technischen Hochschule (NTH) und an den übrigen Universitäten und
722 Fachhochschulen werden bereits heute die Energiespezialisten der kommenden Generation ausgebildet
723 und geeignete berufsbegleitende Qualifizierungsangebote gemacht.

724 Die FDP Niedersachsen setzt sich dafür ein, diese Spitzenposition auszubauen. Die bestehende
725 Forschungslandschaft, die alle Bereiche der Energieerzeugung abdeckenden Kompetenzen sowie die
726 geographischen und geologischen Strukturen bieten eine hervorragende Grundlage, von Niedersachsen
727 aus einen wesentlichen Beitrag zur Umgestaltung der Energieerzeugungsstrukturen zu leisten. Trotz der
728 kritischen Fördersituation für Photovoltaik wollen wir die Weiterentwicklung und Forschungsanstrengungen
729 für Photovoltaik weiter unterstützen. Mit dem Export in sonnenverwöhnte Regionen schaffen wir weitere
730 hochwertige Arbeitsplätze in Deutschland. Die FDP Niedersachsen setzt sich deshalb für den Aufbau eines
731 nationalen Energieforschungszentrums in Niedersachsen ein.

732

733 Die niedersächsische FDP setzt sich für die verstärkte Erforschung der Wasserstoffnutzung ein.

734 Wasserstoff kann aus regenerativen Energien erzeugt werden.

735 Wasserstoff kann zur Speicherung und zum Transport von Energie in bestehenden Gasnetzen genutzt
736 werden und so einen aufwändigen Aufbau von Hochspannungsstromnetzen vermindern. Hierzu ist es
737 notwendig, einen freien Zugang aller gasförmigen Energieträger zum Gasnetz zu ermöglichen.

738

739 **6. Bildung und gesellschaftlicher Diskurs**

740 Eine neue Energiepolitik wird erst dann erfolgreich umsetzbar sein, wenn es gelingt, eine hohe
741 gesellschaftliche Akzeptanz für diesen Prozess zu erreichen. Daher kommt es darauf an, die Menschen in
742 einen gesellschaftlichen Diskurs einzubinden. Nur so können die notwendigen Veränderungen und
743 Belastungen, aber auch die Chancen des Umbaus unserer Energieversorgung erkannt, nachvollzogen und
744 gemeinsam getragen werden.

745

746 Der erforderliche Transformationsprozess für die künftige Energieversorgung erfordert ein umfassendes
747 Informations- und Bildungsangebot, um in unserer Gesellschaft auch die Bereitschaft zur
748 Energieeinsparung und zu einem klimagerechten Verhalten sichtbar zu stärken. Die derzeit immer noch
749 erheblichen Vorbehalte auf der kommunalen Ebene gegen notwendige Infrastrukturmaßnahmen (z. B.
750 Neuordnung und Ausbau der Stromnetze) können nur überwunden werden, wenn es gelingt, eine
751 gesellschaftsweit tragfähige Akzeptanz für den raschen Umbau unserer Energieversorgung zu erreichen.

752

753 Eine Schlüsselrolle kommt hier unserem Bildungssystem zu. Die zum Klimaschutz und zum Einsatz
754 regenerativer Energien bereits bestehenden zahlreichen Initiativen in den Kindergärten, den Schulen und
755 den Ausbildungsbereichen im Handwerk, den Fachhochschulen und den Universitäten sind bislang nur
756 ansatzweise systematisiert und aufeinander abgestimmt und noch nicht flächendeckend in Niedersachsen
757 umgesetzt.

758

759 Die FDP fordert u. a. den Aufbau eines landesweiten Klimanetzwerks für die Schulen in Niedersachsen,
760 damit unsere Kinder und Jugendlichen Klimaschutz und den Einsatz regenerativer Energien konkret im
761 Unterricht und dem täglichen Schulleben erfahren und praktizieren. Diese Ideen und Initiativen werden
762 folgerichtig in die Elternhäuser und auch in die kommunale Öffentlichkeit getragen, was den breiten
763 gesellschaftlichen Diskurs in erheblichen Maße unterstützen wird.

764

765 Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) mit ihrem Kompetenzmodell des ökologischen, ökonomischen
766 und sozialen Handelns sollte hierbei die bewährte pädagogische Grundlage für dieses schulische
767 Klimanetzwerk sein.

768

769 Die FDP fordert, dass die niedersächsische Regierungskommission Klimaschutz hier einen konkreten
770 Vorschlag für ein umfassendes schulisches Klimanetzwerk vorlegt.